

THEODOR ESCHENBURG

ERINNERUNGEN AN DIE MÜNCHENER MINISTER-
PRÄSIDENTEN-KONFERENZ 1947

Zum Aufsatz Elmar Krautkrämers „Der innerdeutsche Konflikt um die Ministerpräsidenten-Konferenz in München 1947“ in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 154 bis 174, glaube ich, einige Ergänzungen aus eigenem Erleben geben zu können.

An der Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz im Juni 1947 habe ich teilgenommen. Ich begleitete als Beamter den Regierungschef von Württemberg-Hohenzollern, Carlo Schmid, zu dieser Konferenz. Leider verfüge ich nicht mehr über die umfangreichen Notizen, die ich damals angefertigt hatte, sondern bin ganz auf mein Gedächtnis angewiesen. Die neuerschienene Arbeit von Wilhard Grünwald habe ich inzwischen gelesen, vermag ihr aber in ihrer Tendenz nicht zu folgen.

Die Idee einer deutschen Ministerpräsidenten-Konferenz lag in der Luft. Ich erinnere mich an zahlreiche Gespräche in der zweiten Hälfte des Jahres 1946 und Anfang 1947. Ein Hauptthema politischer Unterhaltung war, den Ansatz für eine deutsche Einigung zu finden und – was engstens damit zusammenhängt – eine deutsche Gesamtvertretung gegenüber der Militärregierung zu schaffen. Dabei dachte man zunächst und in erster Linie an die von den Westmächten besetzten Zonen. Als Einrichtung bot sich am ehesten eine Konferenz der Regierungschefs an. Die Initiative dürfte aber nicht bei den Militärgouverneuren der drei Westmächte liegen – dadurch würde die Einrichtung diskreditiert –, sondern müßte von den Regierungschefs selbst ausgehen.

Damals bestand schon eine gemeinsame Verwaltung für die englische und amerikanische Zone. Dadurch war die französische Zone in Westdeutschland isoliert. Man war sich in Tübingen, dem Regierungssitz von Württemberg-Hohenzollern, im klaren, daß die Anregung zu einer Ministerpräsidenten-Konferenz von Bayern oder Nordrhein-Westfalen kommen müßte. Die französische Militärregierung achtete peinlich darauf, daß die Landesregierungen in ihrer Zone nicht mit denen anderer Zonen in Verbindung traten, was sie allerdings nicht immer verhindern konnte. Selbst den Regierungschefs der französischen Zone wurde es von der Militärregierung sehr schwer gemacht, untereinander Fühlung aufzunehmen. Ob Frankreich deren Teilnahme an einer Ministerpräsidenten-Konferenz erlauben würde, war fraglich. Deshalb galt als ein weiteres Problem die Beratungsthematik der ersten Veranstaltung. Bei der großen Empfindlichkeit der Franzosen in allen Fragen überzonaler Kooperation ihrer Regierungschefs, die also nach staatlicher Einigung aussah, sollte man sich zunächst auf Probleme von Wirtschaft, Verkehr und Finanzen beschränken. Die Franzosen müßten sich erst an die Einrichtung solcher Konferenzen gewöhnen. Nach mehreren Tagungen würden sie schwerlich die Fortsetzung verhindern können. So müsse man bei

der ersten Veranstaltung darauf achten, daß Wiederholungen möglich seien und die Ministerpräsidenten-Konferenz zu einer ständigen Einrichtung würde.

Das dritte Problem war die Beteiligung der Regierungschefs der sowjetischen Besatzungszone. Diese standen unter einem harten Druck der sowjetischen Militärregierung in Karlshorst, als deren Befehlsempfänger und Kontrollorgan die SED erschien, so daß an sachlich einigermaßen ergiebige Verhandlungen überhaupt nicht zu denken war. Ginge aber die Initiative von den westdeutschen Regierungschefs aus, dann müßten auch die der SBZ eingeladen werden.

Anfang 1947 erörterte der Bevollmächtigte der bayerischen Staatsregierung beim Länderrat der amerikanischen Zone in Stuttgart, Ministerialdirektor Seelos, mit dem Tübinger Staatssekretär der Finanzen, Dr. Paul Binder, der Seelos sehr gut kannte, und mit mir – mit Binder seit der Studentenzeit befreundet – im Rahmen privater Gespräche seinen, wie er sagte, zunächst persönlichen Plan, den die bayerische Regierung noch nicht kannte, nach München eine Ministerpräsidenten-Konferenz einzuberufen. Die Ostdeutschen müßten selbstverständlich eingeladen werden; ob sie kommen würden, wäre fraglich, notfalls müsse die Konferenz ohne sie tagen. Die Konferenz solle zu einer Demonstration für die staatliche Einigung auf föderalistischer Basis werden, ohne daß dieses Thema Beratungsgegenstand wäre. Dabei dachte Seelos, die Ministerpräsidenten-Konferenz mit der Zeit zu einer ständigen Einrichtung werden zu lassen.

Carlo Schmid, der ähnliche Überlegungen hatte, war im Prinzip von dem Plan sehr angetan. Man müßte bei der Gelegenheit auch die Fragen des Besatzungsrechts behandeln. Die französische Militärregierung fühlte sich an irgendwelche Rechtsschranken nicht gebunden, wenn sie auch in der Praxis mehr und mehr sich anschickte, relativ maßvoll vorzugehen. Wiederholt hatte Carlo Schmid bei der Militärregierung in Tübingen wie in Baden-Baden nachdrücklich in dieser Frage verhandelt, aber ohne jegliches Ergebnis. Nach französischer Auffassung galt die Haager Landkriegsordnung nicht. Nicht viel anders war es der Stuttgarter Regierung von Württemberg-Baden in der amerikanischen Zone ergangen.

Carlo Schmid, selber Völkerrechtler, legte großen Wert darauf, das Referat zu halten, was auch geschah. Dabei wies er auf das ostzonale Problem hin, die Russen würden ein Besatzungsstatut ablehnen. Er neigte schon damals zu einer westdeutschen Lösung, aber sah noch einige Chancen. Als die Einladung Anfang Mai eingetroffen war, verhandelte er sehr intensiv mit den Franzosen in Tübingen und Baden-Baden. Die Genehmigung wurde so erst Ende Mai erteilt. Der Delegation gehörten auch Ministerialdirektor Gebhard Müller als Fraktionsvorsitzender der anderen großen Partei, der CDU, und ich an. Ich wurde zur Vorbesprechung am 4. und 5. Juni nach München vorausgeschickt.

Am 31. Mai und 1. Juni hatte eine Konferenz der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, Landtagspräsidenten und Landtagsfraktionsvertreter unter Vorsitz von Kurt Schumacher in Frankfurt a.M. stattgefunden. Carlo Schmid hatte an dieser Tagung nicht teilgenommen; er hätte dazu einer Genehmigung der Besatzungsmacht bedurft. Zwar war er öfters diskret nach Hannover, dem Sitz des Partei-

vorstandes, gefahren, wollte aber gerade in der jetzigen Situation die Militärregierung der Besatzungsmacht durch seine Teilnahme an einer Veranstaltung – die zweifellos in der Öffentlichkeit bekanntwurde – nicht brüskieren. Bei den damals sehr schwierigen Presseverhältnissen konnte ich am 2. Juni von dieser Tagung noch nichts wissen. Am gleichen Abend, nach 18.00 Uhr, suchte mich ein Abteilungsleiter aus der Tübinger Landesdirektion für Kultur und Unterricht und Erziehung auf, der ein sehr aktives und unter den Jüngeren maßgebliches Mitglied der SPD war. Ob er selbst an der Konferenz in Frankfurt am Main teilgenommen oder nur von dieser Informationen oder Instruktionen bekommen hat, weiß ich nicht mehr. Er wollte dringend Carlo Schmid sprechen, der aber war verreist. Schumacher, so sagte er, stände der Ministerpräsidenten-Konferenz äußerst ablehnend gegenüber. Es könne den sozialdemokratischen Regierungschefs nicht zugemutet werden, mit Vertretern der Ostzone am Konferenztisch zusammensitzen. Vor allem wünsche Schumacher nicht, daß die Ministerpräsidenten-Konferenz sich als eine „nationale Repräsentation“ aufspiele. Über eine künftige deutsche Verfassung oder das Verhältnis der einzelnen deutschen Länder zu Deutschland dürfe nicht geredet werden, das wäre allein Sache der Partei. Am besten fände die Konferenz überhaupt nicht statt. Das möge er Carlo Schmid, der noch vor seiner Reise nach München nach Tübingen käme, selbst sagen, erwiderte ich ihm.

Auf der Vorbesprechung am 4. Juni unter Vorsitz des bayerischen Ministers Anton Pfeiffer war von Weisungen der Alliierten über die Tagesordnung und den Ablauf der Sitzung oder entsprechende Bindungen überhaupt nicht die Rede. Wohl aber erfuhr man, daß fast alle Regierungschefs sich wegen der Tagung mit ihren Militärregierungen in Verbindung gesetzt hatten. Der Antrag der ostdeutschen Delegation auf Einsetzung eines ersten Tagesordnungspunktes „Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen deutschen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates“ war im Wortlaut noch nicht bekannt. Dieser Antrag mag erst am 4. Juni abends oder am 5. morgens eingetroffen sein, aber man kannte von der Moskauer Außenministerkonferenz her und aus der SED-Publizistik sehr genau die Tendenz. Der Antrag war in seiner Vieldeutigkeit raffiniert abgefaßt. Was verstand die SBZ unter „demokratische Parteien“? Die Parteien und Gewerkschaften waren in der SBZ Zwangsorganisationen. Bei Verständigung dachte man in der Ostzone an eine paritätische Basis mit der SED einerseits und den westdeutschen Parteien andererseits. Der Teufel lag im Detail. Bei dem Antrag handelte es sich um eine reine Propagandaformulierung, nicht um die Schaffung einer Basis für eine sachliche Diskussion. Sobald man in der Debatte ins Detail gehen wollte, müßte die Konferenz platzen.

Hinzu kam, daß die ostdeutsche Delegation sich in der Marschroute, wie aus dem Antragstext hervorging, einig war. Wegen des verspäteten Eingangs, ganz kurz vor Beginn der Konferenz, konnten die westdeutschen Ministerpräsidenten sich ihrerseits untereinander nicht mehr verständigen. Der Antrag wurde allgemein als Überrumpelung angesehen. Die Vorbesprechung konnte hierzu auch nicht

Stellung nehmen, da außer dem Senatspräsidenten Kaisen von Bremen die anderen Länder nur durch Beamte vertreten waren. Man fürchtete, daß eine gründliche Debatte über den Antrag die Tagesordnung hinwegfegen würde.

Auf der Vorbesprechung wurde verschiedentlich gesagt, man dürfe auf der Konferenz nicht den Anschein erwecken, als ob man den westlichen Alliierten in den Rücken fallen wollte, denn auf der Moskauer Konferenz vom März und April hatte die Sowjetunion Tendenzen vertreten, die gerade diesem Antrag entsprachen. Solche Überlegungen wurden nicht aus Angst vor der Militärregierung, sondern aus Rücksicht auf die westlichen Alliierten angestellt. Im ganzen war man auf der Vorbesprechung sehr verärgert, daß die Ostdeutschen nicht erschienen waren. Es blieb ja gar nichts anderes übrig, als ohne sie die Tagesordnung endgültig festzulegen. Man konnte sich das Fernbleiben nur dadurch erklären, daß Karlshorst noch keine Entscheidung getroffen hatte. Weniger in der öffentlichen Verhandlung als in den Pausen wurde die Frage gestellt, was – bei den stark gesellschaftspolitischen Gegensätzen zwischen den drei Westzonen und der Ostzone – die ostdeutschen Vertreter zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung zu sagen haben würden und wie man überhaupt mit ihnen diskutieren könnte. Diese konnten doch für jedes einzelne Wort nach Rückkehr unter Umständen mit der Folge schwerer Sanktionen verantwortlich gemacht werden.

Am nächsten Morgen saß ich beim Frühstück im Bayerischen Hof neben dem Hamburger Bürgermeister Brauer und Louise Schröder, der amtierenden Oberbürgermeisterin von Berlin, die ich zum ersten Mal sah. Der Bayerische Hof, in dem wir untergebracht waren, war notdürftig wiederaufgebaut, und es waren nur wenige Tische vorhanden, so daß sich daraus zwangsläufig das Zusammensitzen ergab. Brauer sagte zu Frau Schröder, sie könnten auf der Konferenz nicht mit Leuten zusammensitzen, die die SPD unterdrückt hätten und „unsere Genossen“ in Massen verhafteten. Louise Schröder meinte, „an uns“ dürfe diese erste deutsche Konferenz nicht scheitern. Brauer entgegnete, schließlich müsse man „die Linie Kurt Schumachers“ einhalten. Schumachers Sorge, die Ministerpräsidenten-Konferenz könne sich zu einer nationalen Repräsentation deklarieren, erwähnten beide mit keinem Wort. Brauer sagte, wenn in westdeutschen Zonen die KPD verboten werde, würden die Ostdeutschen auf keinen Fall nach München kommen. An der Konferenz nähmen zwei kommunistische Minister teil (der Berliner Bürgermeister Dr. Acker und der württemberg-badische Arbeitsminister Kohl), „unsere Leute in der SBZ sitzen in Zuchthäusern und Gefängnissen und Lagern“. Louise Schröder entgegnete, es sei dies nun einmal die erste Konferenz aller deutschen Regierungschefs, und da müsse auch die Sozialdemokratie gewisse Opfer bringen. „Wir haben es doch Kurt Schumacher in die Hand versprochen“, sagte daraufhin Brauer. Louise Schröder beendete das Thema, darüber müßten sie noch einmal unter sich sprechen. Daß Brauer gern drastisch mit einem Hang zur leichten Übertreibung sprach, habe ich erst nach mehreren Unterhaltungen gemerkt. Ich hatte volles Verständnis für Brauers Auffassung, soweit sie die Lage der Sozialdemokraten in der SBZ betraf. Hier zeigte sich, daß der erste entscheidende Schritt zur Trennung

das faktische Verbot der SPD in der Ostzone war. Die sozialdemokratischen Regierungschefs waren wirklich in einer höchst prekären Lage. Aber bei Aufrechterhaltung des Brauerschen Standpunktes würde eine gesamtdeutsche Konferenz überhaupt nicht stattfinden können.

Carlo Schmid wollte erst am Mittag kommen. Ich unterrichtete kurz den sozialdemokratischen Staatssekretär Eberhard von der württemberg-badischen Regierung, der als Leiter des Büros für Friedensfragen am Zustandekommen dieser Konferenz besonders interessiert war. Wir überlegten miteinander, ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn der bayerische Ministerpräsident Ehard die sozialdemokratischen Regierungschefs zu einer Sondersitzung laden würde. Sie fand auch um die Mittagszeit in Anwesenheit von Carlo Schmid statt. Dieser hatte sich vorher mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Kopf, mit dem er während der ganzen Konferenz in engem Kontakt blieb, in Verbindung gesetzt. Er kam sehr zufrieden und optimistisch aus der Sonderbesprechung. Man wäre sich einig, daß der ostzonale Antrag nicht auf der Konferenz behandelt werden könne. Wenn die festgelegte Tagesordnung mit Niveau ablaufen würde, wäre ein wesentlicher Schritt getan. Ich sprach ihn noch auf die Repräsentationsfrage an, und er erwiderte kurz, auch diese Frage wäre geklärt. „Wir haben eine befriedigende Lösung gefunden.“ An eine „nationale Repräsentation“ denke auch die CDU nicht. Das gemeinsame Ziel wäre, der Ministerpräsidentenkonferenz einen guten Start zu verschaffen.

Das Essen für die Konferenzteilnehmer war auf 19.00 Uhr im Bayerischen Hof festgelegt. Sehr viele, auch unter den Führenden, sahen sich zum ersten Mal. Man war äußerst verstimmt, daß die ostdeutschen Ministerpräsidenten noch nicht erschienen waren. Es hieß, sie seien auf der Fahrt nach München. In der Wartezeit sprach ich mit einer Reihe von Beamten anderer Länder. Die beiden Hauptthemen waren, ob man sich über die Veranstaltung überhaupt mit den Ostdeutschen verständigen würde und wie im Falle einer Verständigung der Ablauf der Tagung sein würde. Man konnte sich schlechterdings nicht vorstellen, daß sie programmgemäß zu Ende geführt werden könne. Schon bei der Behandlung der ersten Fragen, „die deutsche Ernährungsnot, die Nöte und Sorgen der deutschen Wirtschaft“, müßte es zu unüberbrückbaren Konflikten kommen.

Erst gegen 20.30 Uhr begann das Essen. Ehard, Frau Schröder, Carlo Schmid und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Lüdemann hielten Tischreden. Die Reden waren von allen sehr sorgfältig vorbereitet, wenn sie auch von einigen frei gehalten wurden. Keiner der Redner vermochte sich der Rührung zu erwehren. Immer wieder mußten sie sie unterbrechen, um die Tränen herunterzuschlucken. Noch am gefaßtesten war Frau Schröder; die ganze Gesellschaft war ergriffen. Bei manchen war der Tränenstrom so stark, daß sie den Saal verlassen mußten. Gegen 21.00 Uhr kamen die ostdeutschen Ministerpräsidenten (außer Steinhoff, der später eintraf). Zackig marschierte Paul, der thüringische Ministerpräsident, durch den ganzen Saal an den obersten Tisch, wo er als Delegationsführer Platz nahm. Nicht minder zackig war seine Rede – vielleicht um die eigenen Gefühle zu kaschieren. Plötzlich erstarrte die bisher aufgelockerte Stimmung.

An der Vorbesprechung mit den ostdeutschen Regierungschefs haben im wesentlichen nur deren westdeutsche Kollegen teilgenommen. Carlo Schmid lobte am nächsten Tag die Verhandlungsführung Ehards. Auch in den ostdeutschen Kompromißvorschlägen hätte der kommunistische Pferdefuß gesteckt. Reinhold Maier, der württemberg-badische Ministerpräsident, hätte einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der auch nicht praktikabel gewesen wäre. Maier sehe nur diese Kundgebung, denke aber nicht an die Institutionalisierung der Konferenz auf längere Sicht. Für die Regierungschefs könnten die drei Militärgouverneure gemeinsam nur Adressaten sein, wenn eine Ministerpräsidenten-Konferenz existiere und jederzeit zusammengerufen werden könne. Andererseits könnten die Ministerpräsidenten nur Adressat der Militärgouverneure mit Hilfe der Konferenz sein. Hier hatten die Regierungschefs zum ersten Mal eine Plattform gegenüber der westdeutschen und internationalen Öffentlichkeit. Die Konferenz könne die deutsche Frage keinen Schritt voranbringen. Das hätte er auch Maier gesagt. Mit Kopf wäre er völlig einig, aber die meisten hätten eben keine Konferenzerfahrung. Im übrigen hätte die Besprechung mit den ostdeutschen Regierungschefs gezeigt, daß einfach die Kluft zu breit und zu tief wäre. Man könne sich allenfalls untereinander über Formeln unterhalten, aber sobald es konkreter würde, könnte man nicht miteinander reden. Das wäre fast schon wie eine Antinomie. Seelos, der Generalsekretär der Konferenz war, erzählte mir, die Einigung sowohl bei der Sonderbesprechung der sozialdemokratischen Regierungschefs mit Ehard sowie bei der Vorbesprechung aller westdeutscher Ministerpräsidenten wäre unschwer erzielt worden. Von der angeblichen Fernlenkung Schumachers wäre nichts zu spüren gewesen. Wenn bei der nächtlichen Vorbesprechung mit den ostdeutschen Ministerpräsidenten kein sozialdemokratischer Regierungschef anwesend gewesen wäre, dann wäre das Ergebnis nicht um ein Haar anders gewesen.

Am Vormittag des ersten Konferenztages meldete sich zu Punkt zwei der Tagesordnung „die deutsche Ernährungsnot“ nach den drei Referaten von Dr. Dietrich, dem Leiter des bizonalen Ernährungsamtes, dem nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsminister Dr. Heinrich Lübke und der Oberbürgermeisterin Louise Schröder überraschend Carlo Schmid zu Wort. Kurz vorher hatte er auf einem Zettel den badischen Regierungschef Wohleb und den von Rheinland-Pfalz, Bohlen, um ihr Einverständnis gebeten, einige Worte über die französische Zone zu sagen. So sprach er ausdrücklich „im Namen meiner Kollegen aus der französischen Zone“. In einer brillanten, frei gehaltenen Rede skizzierte er an Hand von Notizen mit einer Reihe von drastischen Beispielen höflich in der Form, aber äußerst peinlich für die französische Militärregierung, unverblümt die Ernährungssituation in der französischen Zone. Er vermied jedes taktlose Wort. Die Rede wirkte durch die treffend ausgewählten, eindrucksvoll dargestellten, unwiderlegbaren Tatsachen, über die keine deutsche Zeitung auch nur andeutungsweise zu berichten gewagt hätte. Aus ihr ergab sich schweres Verschulden der französischen Besatzungsmacht.

Die Rede ist im Bericht der bayerischen Staatskanzlei stark gekürzt und redigiert

wieder abgedruckt, auch die deutsche Presse mußte sich bei der Wiedergabe der Rede mit Rücksicht auf die Militärzensur starke Zurückhaltung auferlegen; nicht aber die ausländische Presse. Die Versammlung hörte fasziniert zu. Wohleb, besonders abhängig von seiner Militärregierung in Freiburg, um deren erträgliche Haltung er sich ständig bemühte, war konsterniert. Ehard, der Vorsitzende der Konferenz, blickte unruhig und verlegen um sich. Die für damalige Verhältnisse ungewöhnlich mutige Rede, in der Form unangreifbar, erregte starkes Aufsehen. Plötzlich war der weithin unbekanntene Regierungschef eines der kleinsten deutschen Länder für die Journalisten eine der interessantesten Figuren geworden.

Die französischen Vertreter waren entrüstet. In den Verhandlungspausen und am Abend mußte Schmid mit ihnen verhandeln. Es ging ein Gerücht von seiner bevorstehenden Verhaftung in München um. Das war aber unsinnig, denn die Franzosen hätten eine Verhaftung auf amerikanischem Besatzungsgebiet gar nicht wagen können. Ernste Sorge hatte man aber, was nach seiner Rückkehr nach Tübingen geschehen würde. Schmid schien von alledem unberührt zu bleiben; aber er versuchte dem, was ihn erwarten könnte, zuvorzukommen. Am übernächsten Tag, Sonntag, den 8. Juni, fand vormittags eine Pressekonferenz statt, an der auch einige amerikanische und britische Journalisten teilnahmen. Ein bayerischer Journalist fragte Schmid, ob wegen seiner Rede die Befürchtung bestehen könnte, daß er möglicherweise in seine Besatzungszone nicht mehr zurückfahren könne. Schmid entgegnete, er habe den Eindruck, daß manche Leute merkwürdige Vorstellungen über die Verhältnisse in der französischen Zone hätten. Es scheine so, als ob Räubergeschichten erzählt würden, „ich werde jedenfalls morgen gelassenen Mutes nach Tübingen zurückreisen“. Das machte auf die Presse großen Eindruck. Er versuchte gleichsam, sich unter den Schutz der Presse, vor allem der internationalen, zu stellen, da er doch plötzlich ein allgemein bekannter Mann geworden war. Als ein anderer Journalist ihn fragte, wie er zum Anschluß der französischen Zone an das Zwei-Zonen-Abkommen stehen würde, sagte er, das hinge in erster Linie von der französischen Militärregierung ab, er selbst würde den Anschluß begrüßen. Die gleiche Frage wurde an Wohleb, den badischen Staatspräsidenten, gerichtet. Dieser zögerte, und der Journalist kam ihm zu Hilfe, indem er sagte: „Bitte nehmen Sie einmal an, die französische Militärregierung ist einverstanden mit dem Anschluß ihres Landes an das Wirtschaftsgebiet, beziehungsweise sie gibt Ihnen freie Hand, wie würden Sie dann darüber denken?“ Wohleb stotterte und sagte mit Zögern: „Wir würden dann einen Beobachter nach Frankfurt entsenden“, worüber die Journalisten schallend lachten.

Zweifellos sind vor allem von der deutschen Öffentlichkeit zu hohe Erwartungen auf die Ministerpräsidenten gesetzt worden. Die meisten Regierungschefs dachten sehr viel nüchterner. Sie hatten erreicht, was sie wollten, nämlich die Formierung der westdeutschen Regierungschefs. Die nächste Ministerpräsidenten-Konferenz, ein Jahr später, zur Beratung der Frankfurter Dokumente, war durch die Münchener vorbereitet. Sie war nunmehr der selbstverständliche Verhandlungspartner der westlichen Besatzungsmächte.